

# Lokale Agenda 21 Bad Camberg



AK Stadtentwicklung (Städtebau, Verkehr, Wirtschaft)

## **EMPFEHLUNGS- UND KRITERIENKATALOG**

---

**als Planungshilfe zur Aufstellung zukünftiger B-Pläne  
für Planer und Entscheidungsträger**

**- ENTWURF 2.6 - Stand 27.09.2000**

**Thomas Back  
Matthias Jansen  
Rudolf Götz  
Ilona Miedl-heim  
Stephan Rosa**

**Inge Thiem**  
**Michael Traut**

**Redaktion:**  
Stephan Rosa  
Matthias Jansen

## **Gliederung**

---

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>4</b>
1.1	ZIELE	4
1.2	GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN	5
<b>2</b>	<b>WETTBEWERBSVERFAHREN FÜR DIE AUFSTELLUNG VON BAULEITPLÄNEN</b>	<b>6</b>
<b>3</b>	<b>EMPFEHLUNGSKATALOG</b>	<b>6</b>
3.1	ÜBERSICHT: ÜBERGEORDNETE ZIELE EINER AGENDA-21-RELEVANTEN BAULEITPLANUNG	6
3.2	EMPFEHLUNGEN	7
3.2.1	AUFSTELLUNG EINES ENERGIE-GESAMTKONZEPTES	7
3.2.2	ERSTELLUNG EINS LÄRMMINDERUNGSPLANES	8
3.2.3	WAHL DER SIEDLUNGSART/BAUWEISE	8
3.2.4	DÄCHER	8
3.2.5	GEBÄUDEABSTÄNDE	9
3.2.6	GEBÄUDEAUSRICHTUNG	9
3.2.7	JAHRESHEIZWÄRMEBEDARF IM SPEZIELLEN	9
3.2.8	OPTIMIERTES INFRASTRUKTURSYSTEM → INFRASTRUKTURSYSTEM-KONZEPT	9
3.2.9	GRÜNPLANUNG	10
3.2.10	PARTIZIPATION	10

## Entwurf 02.5 vom AK Stadtentwicklung LA 21 Bad Camberg

# EMPFEHLUNGS- UND KRITERIENKATALOG

---

## als Planungshilfe zur Aufstellung zukünftiger B-Pläne für Planer und Entscheidungsträger

### 1 EINLEITUNG

Die lokale Agenda 21 Bad Camberg hat aus den Agenda21-Richtlinien der Rio-Konferenz u.a. das Kapitel 7 „Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte“ ausgewählt.

Um eine zukunftsfähige Entwicklung von Stadt- und Siedlungsregionen umsetzen zu können, müssen zukünftige Bauleitplanungen die agendarelevanten Themen berücksichtigen, denn mit der Planung eines neuen Baugebietes werden schon heute die Lebensbedingungen für die nächsten Jahrzehnte für uns und unsere Kinder sowie deren Kinder determiniert.

Der Arbeitskreis Stadtentwicklung hat daher den aktuellen B-Plan „Grauer Stein“ im Hinblick auf seine Nachhaltigkeit auf ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Ebene analysiert und auf der Grundlage dieser Analyse einen Empfehlungskatalog erstellt. Dieser Empfehlungskatalog sollte als zusätzliches Kriterium bei der Aufstellung von zukünftigen B-Plänen für Baugebiete (Wohngemeinden bis Gewerbegebiete) von den betreffenden Planern und Entscheidungsträgern beachtet werden.

### 1.1 Ziele

- **auf ökologischer Ebene** sind u.a. der Schutz von Boden, Wasser, Luft, Fauna und Flora, im Speziellen z. B. die CO<sub>2</sub>-Reduzierung, Schaffung von Lebensraum, Reduzierung von versiegelten Flächen, Regenrückhaltung usw; .
- **auf sozialer Ebene** u.a. stärkere Identifikation mit der Stadt und der Region (dadurch wiederum eine größere Verantwortung für die direkte Umwelt), Sicherheitsaspekte von Siedlungsgebieten (z.B. durch bestimmte Erschließungssysteme), verbesserte Integration ausländischer Mitbürger, Kinder-, alten- und behindertengerechtes Wohnen, gemeinsames Wohnen von jung und alt usw. , Vermeidung von Segregation bzw. Segregationsprozessen<sup>1</sup>
- **auf wirtschaftlicher Ebene** die Reduzierung von Kosten durch optimierte Versorgungs- und Erschließungssysteme (Straßen, Einzelhandel), Reduzierung volkswirtschaftlicher Kosten durch Vermeidung ökologischer Sekundärschäden wie z.B. Hochwasserschäden (Reduzierung versiegelter Flächen, Renaturierung...), Reduzierung privater und öffentlicher Kosten durch optimierte energiegerechte Bauleitplanung (z.B. Blockheizkraftwerk, erneuerbare Energien).

---

<sup>1</sup> **Segregation** [lat. »Absonderung«] *die*,

*Soziologie:* die räumliche Trennung von Personen mit gleichen sozialen Merkmalen zur Vermeidung oder Verhinderung von Kontakten mit anderen Personen oder Gruppen; auch Bez. für den Prozess, der zu dieser Trennung führt. Segregation kann freiwillig angestrebt oder durch diskriminierende Maßnahmen (Verweigerung freier Berufsausübung, Einschränkung von Wahlrechten, Abschiebung in Gettos u.a.) erzwungen werden © 1998 Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG

*Mit starker passiver Segregation einzelner Gruppen können häufig erhöhte Kriminalitätsraten oder ein beschleunigter Stadtverfall (Durch Desinvestition) einhergehen.* Um diesem entgegen zu wirken wurden verschiedenen Desegregationsstrategien entwickelt.

## 1.2 Global<sup>2</sup> denken, lokal<sup>3</sup> handeln

Ein wichtiger Aspekt bei der Festlegung von Zielen und Maßnahmen sollte der Leitgedanke „**Global denken und lokal handeln**“ sein.

***global = (lokal + regional + national + kontinental + interkontinental)***

D.h. der einzelne muß sich Gedanken machen, was sein lokales Handeln global für Konsequenzen haben kann, an seinem Wohn- und Aufenthaltsort aber auch an jedem anderen Punkt der Erde.

a) *Konsequenzen* bedeutet zum einen Konsequenzen direkt und indirekt für einen selber. Wenn man z. B. durch sein Verhalten dazu beiträgt, das Ozonloch zu vergrößern, könnte es durchaus sein, daß man in naher Zukunft durch Erkrankung an Hautkrebs selbst direkt betroffen sein könnte.

Indirekt kann man betroffen sein, wenn man Steuern bezahlen muß, die für das Aufkommen von volkswirtschaftliche Schäden erhoben werden, z.B. verursacht durch Hochwasserkatastrophen (Versiegelung von Flächen, Flußbegradigung, etc. ).

b.) Zum anderen bedeutet *Konsequenzen* auch Konsequenzen für andere Menschen irgendwo auf der Erde. Durch das Ozonloch können Menschen in Australien oder Südamerika an Hautkrebs erkranken! Durch den Kauf bestimmter Produkte unterstützt man indirekt Kinderarbeit.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> **global** [lat.], weltumfassend;

<sup>3</sup> **lokal** [lat.], örtlich, auf einen Bereich beschränkt.

<sup>4</sup>**Kinderarbeit:**

- **allgemein:** *Entwicklungsländer:* Gravierend ist das Problem der K. in armen und ärmsten Ländern. Nach Schätzungen der IAO verrichten jährlich weltweit 200 Mio. heranwachsende K., davon etwa 20 Mio. als »Kindersklaven«, die von Unternehmen gezwungen werden, ohne Lohn zu arbeiten, um die Schulden ihrer Eltern zu tilgen. Einen Schwerpunkt der K. bildet die Teppichknüpferei; zur Bekämpfung illegaler K. in diesem Bereich sind Gütesiegel geschaffen worden, die das Produkt als frei von illegaler K. ausweisen sollen. In letzter Zeit wächst auch die Einsicht in die Notwendigkeit der Bekämpfung der Kinderprostitution. © 1998 *Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG*

- **Bekämpfung:** um Kinderarbeit zu bekämpfen, müssen kurzfristige wie langfristige Strategien entwickelt werden. Wenn man von heute auf morgen Produkte, die durch Kinderarbeit entstanden sind boykottiert, kann es sein, das die Familien dieser Kinder kein Einkommen mehr haben und noch größere Not leiden. Somit müssen Wege gefunden werden, um diese, für die Familien unsicheren Phasenübergänge ohne Vergrößerung von Not zu überbrücken.

## 2 WETTBEWERBSVERFAHREN FÜR DIE AUFSTELLUNG VON BAULEITPLÄNEN

Ein wesentlicher Aspekt, der bei der Aufstellung neuer Bauleitpläne für Bad Camberg beachtet werden sollte, ist das Wettbewerbsverfahren für Bebauungspläne.

Wir schlagen vor, in Zukunft einen städtebaulichen Wettbewerb für interdisziplinäre Planergruppen bestehend aus u.a. Architektur- und Städtebauarchitekten, Landschaftsarchitekten, Soziologen, Ökonomen, Energieberater für die Erstellung neuer B-Pläne auszuloben.

Ein Wettbewerb hilft der Stadt, die eigenen Ziele und Bedürfnisse klar zu definieren.

Ein Wettbewerb setzt Planungs- und Entscheidungsprozesse dort ein, wo die größte Chance besteht, Baukosten positiv zu beeinflussen: am Beginn.

Er hilft, frühzeitig ökologische, betriebliche und volkswirtschaftliche Folgekosten einzuschätzen und zu vermeiden!

Ein Wettbewerb bündelt eine breite Palette verschiedener Lösungsansätze: „Wo viele Köpfe nachdenken, werden viele neue Ideen geboren“.<sup>5</sup>

## 3 EMPFEHLUNGSKATALOG

### 3.1 Übersicht: übergeordnete Ziele einer Agenda-21-relevanten Bauleitplanung

#### Agenda-21-relevante Bauleitplanung

Ziele	ökologisch	sozial	wirtschaftlich
übergeordnet	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wasserschutz</li> <li>• Bodenschutz</li> <li>• Klimaschutz</li> <li>• Schutz der Atmosphäre</li> <li>• Schaffung von Lebensraum</li> <li>• Reduzierung von Suburbanisierungstendenzen<sup>6</sup></li> <li>• Arten- und Biotopschutz</li> <li>• Immisionsschutz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Identifikation mit der Stadt und Region</li> <li>• generationenübergreifendes Leben und Wohnen</li> <li>• Integration benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen</li> <li>• Schutz der Kinder</li> <li>• Sicherheit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Reduzierung von privaten und öffentlichen Kosten (z.B. Bau- und Unterhaltungskosten)</li> <li>• aktive Wirtschaftsförderung von Unternehmen, die agenda-21-konform wirtschaften bzw. produzieren</li> <li>• Vermeidung nicht notwendiger volkswirtschaftlicher Kosten</li> </ul>

<sup>5</sup> BDA: Was bringt Ihnen ein **Architektenwettbewerb**, 2000

<sup>6</sup> **Suburbanisierung**: Verlagerung von Bevölkerung und Nutzungen aus einer größeren Kernstadt oder einem metropolitanen Gebiet in das städtische Umland bzw. städtische Region. Gebietes. Die Abwanderung aus den Großstädten führt u.a. zur Verstädterung ländlicher Gemeinden (...) und zur weiteren Zersiedlung des ländlichen Raumes. Drei Formen der Suburbanisierung werden unterschieden: 1.) - von Produktionsstätten, 2.) - von Bevölkerung und 3.) von Handel und Dienstleistungen.

So hat sich z.B. die Einwohnerzahl der Stadt Frankfurt von 959.905 im Jahr 1970 auf 863.924 Einw. im Jahr 1987 und auf 643.469 im Jahr 1998 (Quelle: Fischer Weltalmanach 2000) verringert, wohingegen sich die Einwohnerzahl des Umlandes von 1.592.712 im Jahr 1970 auf 1.789.168 im Jahr 1987 erhöht hat. (Quelle: <http://www.rz.hu-berlin.de/geo/hu/kugeo/skript/siedl16htm>: „Umprägung der Siedlungsstruktur durch Suburbanisierung an Beispielen aus Deutschland“)

## 3.2 Empfehlungen

### 3.2.1 Aufstellung eines Energie-Gesamtkonzeptes

Der AK empfiehlt vor allem die Aufstellung eines Energie-Gesamtkonzeptes, das sowohl Überlegungen zu passiven Systemen, die der Reduzierung des Wärmebedarfs (und damit auch eine Reduzierung der Kosten) und der Nutzung der Sonnenenergie dienen, als auch zu aktiven Systemen in bezug auf rationelle Energieversorgung, energiesparende Heizsysteme und den Einsatz regenerativer<sup>7</sup> Energien.<sup>8</sup> Ein B-Plan muß diese Systeme unterstützen bzw. möglich machen. Das Energie-Gesamtkonzept sollte u.a. mit Infrastruktursystem-Konzept verknüpft sein.

#### passive Systeme:

##### 1.) Reduzierung des Energiebedarfs:

- Beachtung von Klima- und Standortbedingungen
- Windschutzmaßnahmen
- Besonnung und Verschattung
- Baukörperform
- Grundrißzonierung der Gebäude
- Dichtheit der Gebäudehülle (Betrifft nicht den B-Plan)
- Wärmedämmung der Umschließungsflächen (Betrifft nicht den B-Plan)
- umweltfreundlicher Baustoffeinsatz (Betrifft nicht den B-Plan)

##### 2.) Nutzung der Sonnenenergie

- Orientierung und Größe der Fensterflächen (Bauleitplanung sowie Bauordnungsplanung)
- Wärmespeicherung
- passive Systeme zur Sonnenenergienutzung
- Lichtlenksysteme zur Einsparung von Beleuchtung
- Sonnenschutzmaßnahmen

#### aktive Systeme Systeme:

##### 1.) Brennstoffwahl und Heizsystem:

- rationelle Energieausnutzung des Brennstoffs durch den Einsatz von z.B. Brennwerttechnik
- sparsame Systeme der Warmwasserbereitung
- kontrollierte, bedarfsgerechte Lüftung mit der Möglichkeit der Wärmerückgewinnung

##### 2.) Einsatz regenerativer Energien

- Nutzung der Sonnenenergie zur Raumheizung
- solare Warmwasserbereitung
- Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)- gleichzeitige Erzeugung von Wärme und Elektrizität: a) Heizkraftwerke zur Versorgung eines größeren Fernheiznetzes, b) Blockheizkraftwerke (BHKW)
- Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung

<sup>7</sup> **regenerative Energien** (erneuerbare Energien, Alternativenergien), Bez. für sich erneuernde, d. h. nachwachsende oder nicht ressourcenabhängige Primärenergiequellen. Die wichtigsten, bereits genutzten r. E. sind Sonne (Solartechnik, Solarzelle), Wind (Windkraftwerk) und Wasser (Wasserkraftwerk), aber auch geotherm. Energie (Erdwärme) oder Biomasse. © 1998 Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG

<sup>8</sup> Pisthol, Wolfram: Handbuch der Gebäudetechnik, Band 2. Werner Verlag GmbH & Co. KG, Düsseldorf 1998, S. I 76 ff

### 3.2.2 Erstellung eines Lärminderungsplanes

Wir empfehlen, bei der Aufstellung neuer B-Pläne unbedingt die vom Bundes-Immissionschutzgesetz §47a (Hier: „Aufstellung von Lärminderungsplänen“) geforderten Lärminderungspläne für B-Pläne zu erstellen. So können schon frühzeitig mögliche Konflikte in bezug auf Lärm erkannt und vermieden werden.

### 3.2.3 Wahl der Siedlungsart/Bauweise

#### a) E1 verdichtetes Wohnen im allgemeinen:

durch Vorgabe von Werten für die Bebauungsdichte (maximale Werte des regionalen Raumplanes)

→ **E2 bevorzugt Mehrfamilienhäuser, Reihenhäuser mit kompakten Baukörperformen planen:**

geringer Flächenverbrauch (dadurch Schaffung von Lebensraum, Regenrückhaltung, Entlastung der Kläranlagen, Vermeidung von Hochwasser), günstiges A/V-Verhältnis<sup>9</sup> (dadurch Verringerung des Wärmebedarfs), geringere Versorgungsleitungen (dadurch Kostenersparnis), geringere Verkehrsflächen (dadurch Kostenersparnis, Schaffung von Lebensraum, Regenrückhaltung – weniger versiegelte Flächen)

#### b) E3 generationenübergreifendes Wohnen

- durch Generationenhäuser bzw. Nachbarschaftsgruppen (geringere Sozialkosten für die Volkswirtschaft, Förderung der Gesundheit älterer Menschen durch Integration, Erlebnisse...)

#### c) E4 kinder-, alten- und behindertengerechte Siedlungsstruktur

(Integration, Reduzierung von Kosten, Sicherheit)

#### d) E5 ausreichend Spielräume und Begegnungsflächen für jung und alt vorsehen

#### e) E6 auf Reine Wohngebiete verzichten und Allgemeine Wohngebiete nach BauNVO zulassen

- mit Geschäften, die der Versorgung des Gebietes dienen (Läden, Schank- und Speisewirtschaften) sowie nicht störende Handwerksbetriebe und Anlagen für kirchliche (ökumenische), kulturelle, soziale gesundheitliche und sportliche Zwecke

### 3.2.4 Dächer

#### a) E7 freie Firstrichtung zulassen:

optionale Nutzung von **aktiven oder passiven Systemen** je nach Geldbeutel der Bauherren (dadurch Verringerung des Wärmebedarfs: Ressourcenschonung: Reduzierung privater Kosten)

#### b) E8 Dachneigung unter energetischen, ökologische und sozialen Aspekten abwägen

#### c) E9 Dachbegrünungen vorsehen:

Schaffung von Lebensraum, Regenrückhaltung (dadurch Entlastung der Kläranlagen), Reduzierung des Wärmebedarfs (dadurch Ressourcenschonung und Reduzierung privater Kosten); *Bezuschussung?*

---

<sup>9</sup> **A/V-Verhältnis:** Ein wesentlicher Faktor zur Reduzierung der Wärmeverluste im Winter ist die Form oder Kompaktheit eines Gebäudes., d.h. das Verhältnis von wärmeabgebender Oberfläche A zum Gebäudevolumen V, ausgedrückt durch den sog. Formfaktor **A/V**.

Da der Transmissionswärmeverlust proportional zur Außenfläche des Gebäudes ist, bewirkt eine Verkleinerung der Hüllfläche im gleichen Maße eine Reduzierung der Energieverluste.

Zu beachten ist, daß, je größer das Volumen, desto günstiger der Formfaktor A/V. Grundsätzlich sind größere Gebäude energiesparender als kleinere Einheiten. Bei der Gebäudegröße sind aber unbedingt auch andere Faktoren (Landschaftsschutz, Stadtbild,...) zu beachten:

### 3.2.5 Gebäudeabstände

- a) **E10 Vermeidung von Verschattung durch Nachbargebäude:**  
- durch ausreichend große Gebäudeabstände (2,5 H), Reihenhausbebauung (Nutzung von passiven Systemen, Verringerung des Wärmebedarfs, Kostenersparnis)
- b) **E11 Verschattungswirkung von Bäumen beachten**  
und entsprechende Baumarten wählen (Nutzung von passiven Systemen, Verringerung des Wärmebedarfs, Kostenersparnis)

### 3.2.6 Gebäudeausrichtung

- a) **E12 Ausrichtung der Gebäude nach Süden:**  
Festlegung von Gebäudezonen (dadurch Verringerung des Transmissionswärmebedarfs: Reduzierung von Kosten, Ressourcenschonung) Südfassaden erhalten im Winter den ganzen Tag Sonne, die durch den niedrigeren Sonnenstand bis tief ins Gebäude eindringen kann. Ost – und Westfenster erhalten dagegen im Winter nur kurzzeitig am Vormittag bzw. Nachmittag Sonne, und dies nur unter einem sehr kleinen Einstrahlungswinkel.
- b) **E13 Windschutzrichtung**  
(Verringerung des Lüftungswärmebedarfs Reduzierung von Kosten, Ressourcenschonung)  
- durch a) **Gebäudeausrichtung bzw. Baukörperanordnung:** Längsseite von Gebäuden parallel zur Hauptwindrichtung, b) **Geländemodellierung:** durch entsprechende Freiraumplanung Vorbeileiten des Windes, c) **Bepflanzungen:** Wind-reduzierende Baum- und Strauchgruppen vorsehen

### 3.2.7 Jahresheizwärmebedarf<sup>10</sup> im Speziellen

**E14 Niedrigenergiehaus-Standard nach RAL Gütezeichen Nr. 965 für alle Wohngebäude aber auch Industrie- und Verwaltungsbauten:**

$Q^*H = 70 - 55 \text{ kWh}/(\text{m}^2 \text{ a})$  nach LEG-Rechenverfahren<sup>11</sup> (empfohlen)  
oder

$Q^*H \leq (43,19 + 54,13 \times A/V) \times 0,7 \text{ kWh}/(\text{m}^2 \text{ a})$  nach WSVO-Rechenverfahren)

### 3.2.8 Optimiertes Infrastruktursystem → Infrastruktursystem-Konzept

- a) **E15 Ver- und Entsorgungsnetze parallel**
- b) **E16 Minimierung von Versorgungsleitungen**  
(dadurch Reduzierung von Kosten, Ressourcenschonung)
- c) **E17 Anwendung eines Qualifizierungsprogramms zur kostengünstigen Erschließung**  
(Reduzierung von Kosten)
- d) **E18 Minimierung von Verkehrsflächen für ruhenden und fließenden Verkehr**  
(10 – 15%) (Schaffung von Lebensraum, Reduzierung von Kosten, z.B. Einsatz von Wohnwegen)
- e) **E19 Kombination von Ring- und Stichstraßen**
- f) **E20 Vermeidung einer reinen Stichstraßen-Erschließung bzw. von Sackgassen**  
(Verringerung der Einbruchgefahr, Sicherheit)
- g) **E21 Kinder- alten- und behinderten gerechtes Verkehrssystem**  
(Sicherheit, Integration)
- h) **E22 Straßenbeleuchtungssystem:**  
leistungsreduzierte Natriumdampfleuchten (energiesparend: dadurch Kostenersparnis, Ressourcenschutz, Schutz der Umwelt)

<sup>10</sup> **Jahresheizwärmebedarf  $Q^*H$  bzw.  $Q^*H$ :** Wärmemenge, die von der heizungstechnischen Anlage (oder auch passiven Anlage) unter vorgegebenen Randbedingungen jährlich zur Beheizung des gesamten Gebäudes bzw. der beizten Räume bereitzustellen ist. Er wird aus Wärmeverlust und Wärmegewinnen ermittelt

<sup>11</sup> **Leg-Rechenverfahren** wird von der Hessen-Energie und dem IWU empfohlen, da dieses der Realität am nächsten kommt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die meisten Rechenverfahren immer von (realitätsfernen) stationären Bedingungen ausgehen!

- i) **E23 Erweiterungskonzepte von Siedlungen in Hinblick auf Erschließung entwickeln** (Reduzierung von Kosten und Ärger (!))

### 3.2.9 Grünplanung

- a) **E24 Mindestanteil von Grünflächen vorsehen**  
bzw. Festlegung von Mindestbegrünung der Baugrundstücke

### 3.2.10 Partizipation

- a) **E 25 Information der Bürger**  
(Fachberatungen zu agendarelevanten Themen)  
b) **E 26 Information der Politiker**  
(Fachinformation und Fachvorträge zu agendarelevanten Themen...)  
c) **E 27 Beteiligung der Bürger bei bestimmten Entscheidungen**

Das Staatssystem der Bundesrepublik ist ein Repräsentativsystem, bei dem das Volk durch Repräsentation, d.h. durch ein gewähltes Vertretungsorgan (i.d.R. das Parlament), an der Staatsgewalt teilhat. Dies wird durch Elemente der unmittelbaren Demokratie ergänzt. Hier spielt die Partizipation eine besondere Rolle.

Ziel der Partizipation ist u.a. nachhaltige Entwicklungen zu unterstützen und voranzutreiben.

Für die Aufstellung von B-Plänen sollte das Thema Partizipation differenziert betrachtet werden. Der Begriff Partizipation stellt einen Sammelbegriff für unterschiedliche Intensitäten und Verfahren und Ebenen der Beteiligung dar.

#### Formen der Partizipation.<sup>12</sup>

- **Information und Konsultation:** Zielgruppen werden informiert und um ihre Meinung gebeten
- **Mitwirkung:** Die Zielgruppen werden informiert und um ihre Meinung gebeten. Ihre Anregungen werden einbezogen
- **Mitentscheidung:** Die Zielgruppe entscheiden mit. Ihre Bewertung des Erfolges ist mitentscheidend für die Gesamtbewertung des Vorhabens. Gegen ihren Willen werden keine Maßnahme durchgeführt.
- **Eigenverantwortung und Selbstbestimmung:** Die Zielgruppen oder Institutionen führen eigenständig geplante Maßnahmen selbst durch.
- **Beteiligung der Bevölkerung an Projekten auf Makro- und Sektorebene:** Sie bedeutet Einbindung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen (Verbände, Gewerkschaften, Parteien, ...) und sonstiger Beteiligter.

Die Planer eines B-Planes (auch Entscheidungsträger) müssen entscheiden, ob und wenn ja, welchen partizipatorischen Ansatz sie für die Lösung eines bestimmten bauleitplanerischen Problems oder Sachverhaltes bzw. bei der Aufstellung neuer B-Pläne wählen.

---

<sup>12</sup> BMZ aktuell Nr. 102/September '99